

## "Dauerthema" Radweg Birkenallee

**aus: Informationen und Programm 2018 der Kreisgruppe WM-SOG des Bund Naturschutz in Bayern e. V.**

Der von der Gemeinde Pähl und der Radweginitiative um Prof. Roeckl gewünschte Radweg entlang der Birkenallee zwischen Fischen und Dießen ist eine unendliche Geschichte. Eine Entscheidung für den Radweg wäre ein Paradebeispiel politischer Unvernunft gewesen. Bei einem Termin im Umweltministerium am 9.01.2018 wurde bekannt gegeben, dass sowohl die Regierung als auch das Umweltministerium das Projekt aus rechtlichen Gründen ad acta gelegt haben. Landrätin Jochner-Weiß und der Pähler Bürgermeister Grünbauer sind gescheitert, wie aufgrund der Gesetzeslage nicht anders zu erwarten war. Allerdings ist vor Ende Februar noch ein weiteres Gespräch geplant zwischen Dr. Christian Barth (Amtschef des Umweltministeriums), Ministerialdirektor Helmut Schütz (Leiter der Obersten Baubehörde) und den Vertretern des von der Gemeinde Pähl beauftragten Gutachterbüros Narr-Risk-Türk. Danach soll endgültig das Ergebnis bekannt gegeben werden (Quelle: Ammersee Kurier vom 12.1.2018). Mittlerweile sind die Planungen für den Radweg von Raisting nach Dießen fortgeschritten und die Behörden sind bestrebt, den Bau schnell in die Wege zu leiten. Durch die Fertigstellung dieses Radweges wird für Radfahrer eine sichere Alternative, die sog. „Raisting Schleife“, mit einem Umweg von knapp 3 km und einer zeitlichen „Einbuße“ von 10 Minuten, in absehbarer Zeit Realität. Damit gibt es endlich auch einen durchgehenden Radweg um den südlichen Ammersee. Dieser läuft auf einer landschaftlich wunderschönen und vor allem lärm- und verkehrsfreien Trasse, ohne die Natur zu beeinträchtigen. Immer wieder wird behauptet, dass der Umweg über Raisting nicht gut angenommen wird. Das kommt nicht zuletzt daher, dass eine gut erkennbare, klare und deutliche Ausschilderung fehlt. Wir haben verschiedene Behörden schon mehrfach um eine bessere Ausschilderung gebeten, allerdings bisher ohne Erfolg. Da dieser Umweg laut Gesetzesvorgabe „zumutbar“ ist, gab und gibt es keine Realisierungsmöglichkeit für den Radweg entlang der Birkenallee. Umso verwunderlicher ist das hartnäckige Festhalten der Gemeinde Pähl und ihres Bürgermeisters Grünbauer an dem Radweg entlang der Birkenallee, seit vergangenem Jahr sogar mit massiver Unterstützung der Landrätin, die die Faktenlage wenig interessiert. Sogar Umweltministerin Scharf wurde mit ins Boot geholt, mit welchen Argumenten auch immer. Der Versuch, ein Bürgerbegehren vor Ort durchzusetzen, ist bereits in der Anfangsphase an rechtlichen Hürden gescheitert. Dies war vorauszusehen und zeigt, wie unprofessionell hier für ein naturschutzrechtlich und haushaltsrechtlich völlig unhaltbares Projekt gekämpft wird. Die von der Gemeinde Pähl und Dießen für etwa zehntausend Euro in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie des Büros Narr-Risk-Türk, welches die Trasse als naturschutzrechtlich machbar bezeichnet, hat sich in den wesentlichen Aussagen als nicht zutreffend und damit als „fake“ erwiesen. Sowohl ein vom BN als auch ein weiteres über die Regierung in Auftrag gegebenes Gutachten zur Überprüfung der Studie haben eindeutige Fehler aufgedeckt, die eben gerade die „Nichtmachbarkeit“ dieses Radweges aufzeigen und damit endgültig belegen, dass dieser Radweg nicht genehmigt werden kann und darf. Der Traum von Pähls Bürgermeister Grünbauer und unserer Landrätin, dem Gesetz des Populismus folgend auch Vorhaben gegen Naturschutzgesetze durchsetzen zu können, ist somit hoffentlich ausgeträumt. Ob Bürgermeister Grünbauer nun aufgeben oder weiter versuchen wird, auf höchster Politebene „seinen Radweg“ durch zu bekommen, wird sich zeigen. Er hat bereits verlautbart, die Gesetze auf EU-Ebene ändern zu wollen. In diesem Fall würden wir auch weiterhin wegen der außerordentlichen Besonderheit für Flora und Fauna alle Möglichkeiten ausschöpfen, um dieses europäische Schutzgebiet (FFH, SPA und Ramsar) in seiner bisherigen Qualität zu erhalten. Deshalb unser klarer Aufruf an alle politischen Verantwortlichen: Nehmen Sie die Gesetzgebung unseres Rechtsstaates ernst – dazu gehören auch Gesetze zum Schutz der Natur – und hören Sie endlich auf, solche naturschutzfachlich in hohem Maße unvernünftigen Projekte weiter zu befördern und damit die Vernichtung der letzten verbliebenen Rückzugsgebiete für viele Arten in Kauf zu nehmen.

*Helmut Hermann*